

Stimme? – Damit ist die Drucksache einstimmig angenommen. Der Tagesordnungspunkt ist beendet.

(Unruhe im Saal – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 5

Wahrnahme der Regierungsverantwortung für die Strafrechtspflege bei der wirksamen Verfolgung politisch motivierter Gewalt- und Bedrohungskriminalität von rechts in Sachsen vor dem Hintergrund des jüngsten Vorfalls in der Stadt

Hoyerswerda

Drucksache 5/10623, Antrag der Fraktion DIE LINKE

Die Aussprache erfolgt wie folgt: DIE LINKE, CDU, SPD, FDP, GRÜNE, NPD und die Staatsregierung, wenn das Wort gewünscht wird. Es beginnt die Fraktion DIE LINKE. Es spricht Herr Abg. Dr. Hahn; bitte.

Dr. André Hahn, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor zwei Tagen haben die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP den Haushaltsplan für die kommenden beiden Jahre beschlossen und sich selbst dabei überschwänglich gelobt, auch was die innere Sicherheit in unserem Land anbelangt.

Dass die Realität in ~~unserem Land~~ ^{Sachsen} anders aussieht, hat nicht nur die Opposition hier im Landtag immer wieder betont, deren Anträge zum Stopp des Personalabbaus bei der Polizei allesamt abgelehnt wurden. Nein, das haben auch die jüngsten Vorfälle in Hoyerswerda in erschreckender Art und Weise dokumentiert, die wieder einmal bundesweit für Negativschlagzeilen sorgten.

Was war geschehen? Ein junges Paar hatte sich über diverse Nazi-Aufkleber in der Stadt nicht einfach nur geärgert, sondern diese auch mehrfach von Laternen, Fenstern und Gebäuden entfernt. Das allein reichte aus, dass sie am 17. Oktober

dieses Jahres von 15 Neonazis in ihrem Wohnhaus aufgesucht und vor ihrer Wohnungstür derart massiven Bedrohungen ausgesetzt wurden, dass sie in ihrer Not die Polizei zu Hilfe rufen mussten. Zwar kam dann auch ein Streifenwagen, doch die Polizeibeamten sahen sich außerstande, den Angreifern Paroli zu bieten. Sie forderten daher Verstärkung an, die von auswertigen Revieren erst lange Anfahrtswege zurücklegen musste, bevor sie in Hoyerswerda eintraf. – So viel zum Thema ausreichende Polizeipräsenz in Sachsen.

Öffentlich wurde die Angelegenheit durch einen Beitrag im MDR-Magazin „Exakt“. Nach der Berichterstattung sollen die rechten Angreifer erst nach knapp zwei Stunden und von den anwesenden Polizisten weitgehend unbehelligt den Tatort verlassen haben. Nach jetzigem Kenntnisstand waren zu diesem Zeitpunkt im Übrigen durch die Polizei noch nicht einmal deren Personalien festgestellt worden. Das geschah erst später an einer benachbarten Tankstelle. Bei ihrem Abgang skandierten die Täter ~~im Übrigen~~ lautstark „ANH“. ANH steht für „Autonome Nationalisten Hoyerswerda“. Dabei handelt es sich offenbar um jene rechtsextremistische Gruppierung, von der am 21. September dieses Jahres gegen eine Demonstration zur Erinnerung an die ausländerfeindlichen Massenausschreitungen in Hoyerswerda von 1991 massive Provokationen ausgegangen waren.

Doch auch nachdem am 17. Oktober dann endlich ausreichend Polizei vor Ort war, wurde den Opfern nicht wirklich geholfen, sondern ihnen stattdessen nahegelegt, die Stadt zu verlassen, weil man ihre Sicherheit nicht mehr gewährleisten und sie nicht wirksam schützen könnte.

Es ist völlig egal, ob das als vorübergehende oder gar dauerhafte Maßnahme geplant war. Für mich ist das die Kapitulation des Staates vor den Nazis, und genau das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei den LINKEN und der SPD)

In dem bereits erwähnten MDR-Beitrag wurde der Sprecher der Polizeidirektion Oberlausitz-Niederschlesien mit folgenden Worten dazu zitiert: „Es ist einfacher, zwei Personen von einem Ort an einen anderen sicheren Ort zu bringen, als 30 Personen zu bewachen oder permanent fünf Funkstreifen vor ein Haus zu stellen.“

Ich frage: Wo sind wir eigentlich hingekommen in diesem Land?

(Beifall der Abg. Sabine Friedel, SPD)

Wir als LINKE teilen ausdrücklich die Position des jetzigen Leipziger Polizeipräsidenten, Bernd Merbitz, der gegenüber dem MDR Folgendes erklärte: „Es kann nicht sein, dass man Leuten, die in Gefahr sind, die bedroht werden, nun als Ultima Ratio anbietet, die Stadt zu verlassen. Es ist unsere Pflicht und Schuldigkeit, die Menschen zu schützen.“

Der Mann hat absolut recht. Aber umso mehr fragt man sich, warum Innenminister Ulbig gerade diesen Beamten vor wenigen Monaten als Landespolizeipräsident in Sachsen abgesetzt hat.

Der jüngste Vorfall wirft viele Fragen auf. Ich kann hier nur einige nennen: Wie kann es sein, dass heute vielleicht 30 Neonazis das Klima einer ganzen Stadt vergiften und teilweise sogar dominieren? Warum hat man aus den ausländerfeindlichen Ereignissen von 1991 in Hoyerswerda scheinbar nur sehr wenig gelernt? Inwieweit hat die Polizei an dem fraglichen Tag in Hoyerswerda und inwieweit hat vor allem die Staatsanwaltschaft bei der Verfolgung offenkundiger Straftaten die ihnen gesetzlich zugewiesenen Aufgaben im vorliegenden Fall tatsächlich wahrgenommen?

Schließlich: Was soll man davon halten, wenn hochrangige Polizeibeamte nach der medialen Berichterstattung versucht haben, die Opfer bei einem Besuch an deren Zufluchtsort dahin gehend zu beeinflussen, dass es für sie vielleicht doch besser wäre, sich dergestalt zu äußern, dass sie selbst es gewesen seien, die aus Angst darum gebeten hätten, aus Hoyerswerda weggebracht zu werden?

Für mich persönlich ist gerade der letzte Punkt von besonderer Bedeutung; denn das, was jetzt in Hoyerswerda passiert ist, ist leider kein Einzelfall. Immer häufiger sind es die Opfer, die ihre Heimat oder ihren langjährigen Wohnsitz nach rechten Attacken verlassen müssen – sei es der Schüler in Limbach-Oberfrohna oder seien es andere junge Leute in unzähligen kleinen Städten.

In Geithain gab es Anfang dieses Jahres mehrere Übergriffe auf eine Pizzeria. Erst beim fünften Vorfall, bei dem es zu einer Explosion kam, interessierte man sich seitens der Polizei ernsthaft dafür. Der Betreiber musste sein Geschäft schließlich dennoch aufgeben.

Auch in Hoyerswerda gab es schon vor den jüngsten Ereignissen erhebliche Beeinträchtigungen durch rechtsradikale Bedrohungen. Mehrere Medien, unter anderem der „Berliner Tagesspiegel“, berichteten über zwei junge Männer, die aus Angst um Leib und Leben die Stadt verlassen haben. Sie wollen namentlich nicht genannt werden, weil ihre Eltern immer noch dort wohnen. Ich frage erneut: Wo sind wir eigentlich hingekommen?

Turnusende

Fakt ist: Bei Gewaltandrohung, von wem auch immer, hat jeder das Recht auf Schutz, und zwar vor Ort und in seinem gewohnten Umfeld. Das darf nicht nur für besondere Persönlichkeiten gelten.

Entgegen allengängigen Klischees – die Opfer von Hoyerswerda waren keine Ausländer, sie sind auch keine Aktivisten der Antifa, sie haben schlicht und einfach neofaschistische und rassistische Aufkleber entfernt. Allein dadurch störten sie die Nazis. Sie mussten ihre Heimat verlassen und wurden von einem Polizisten aus der Stadt gebracht.

Das Urteil des Tagesspiegels^{//} ist eindeutig. Zitat: „Sollte das zutreffen? Was ist das hier in Hoyerswerda? Das ist Staatsversagen. Ein Staat ist nicht in der Lage, seine Bürger vor Gewalt zu schützen. Er verliert damit einen der^gwichtigsten Gründe für seine Existenz.“ Drastischer kann man es kaum formulieren.

Einer der Hoyerswerda^t ~~ber, der~~^{aus} wie er sagt, Angst und auch Hilflosigkeit verlassen haben, sagte gegenüber dem Tagesspiegel: „Die Nazis testen aus, wie weit sie gehen können, seit Jahren. ~~(?)~~^{Und} Weil sie keiner aufhält, gehen sie dann immer weiter.“

Ich meine, wir Demokraten sind alle gefordert, sich dem entschlossen entgegenzustellen.

(Beifall bei den LINKEN)

Natürlich ist auch und gerade die Staatsregierung in der Pflicht, in Wahrnehmung ihrer exekutiven Verantwortung für eine solche Organisation, Struktur und Funktionsweise der Strafverfolgungsbehörden zu sorgen, die eine effiziente und wirksame Strafverfolgung von politisch motivierter Gewaltkriminalität sicherstellt und die den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor rechter Gewalt und Bedrohung überall in Sachsen garantiert. ^J Darüber hinaus müssen aus unserer Sicht unbedingt auch der Opferschutz und die Opferhilfe gestärkt werden. Wegschauen, meine Damen und

Herren, und Verharmlosen ist mit Sicherheit der falsche Weg. Falsch ist auch der Abbau weiterer Stellen bei der Polizei, wie CDU und FDP^{es} beschlossen haben.

Deshalb meine abschließende Forderung: Korrigieren Sie diese Fehler. Die Menschen in Hoyerswerda und anderswo haben einen Anspruch auf sicheren Schutz und schnelle Hilfe in Notfällen.

Herzlichen Dank,

(Beifall bei den LINKEN und der SPD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die CDU-Fraktion Herr Abg. Christian Hartmann.

Christian Hartmann, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Vorgänge in Hoyerswerda sind inakzeptabel und müssen natürlich aufgeklärt werden.

(Beifall bei der CDU und den LINKEN)

Wir sollen uns dabei aber auch um ~~eine~~ Sachlichkeit bemühen. Was ist geschehen? Am 17. Oktober gegen 21:15 Uhr ging ein Notruf bei der Polizei ein, um 21:25 Uhr war ein Streifenwagen vor Ort. Die Situation, die sich ihm bot, führte dazu, dass auf der Grundlage von Eigensicherungsmaßnahmen und auch dem konsequenten Handeln der Polizei die Zuführung weiterer Kräfte erforderlich war. Diese Kräfte trafen gegen 22:00 Uhr ein, und bis 23:00 Uhr folgten weitere Kräftezuführungen. Die Polizei hat sich aufgrund ihrer Möglichkeiten im Rahmen des polizeilichen Handelns aus meiner Sicht und aus den Ihnen vorliegenden Erkenntnissen korrekt verhalten. Ganz klar bleibt die Frage, was dann passierte.

Das bedarf einer abschließenden Beurteilung, aber nachdem der gesamte Sachverhalt aufgeklärt ist. Ich glaube auch, dass die sächsische Polizei selbst gerade dabei ist, diesen Einsatz intensiv auszuwerten und vor allem die Fragen der anschließenden Öffentlichkeitsarbeit.

Die Öffentlichkeitsarbeit, die dann folgte, war in der Tat inakzeptabel. Aber ich glaube, dass die Aussage, die der Pressesprecher getätigt hat, und auch die Frage der Aufforderung des Verlassens der Stadt weder den Leitlinien der Polizei noch dem Selbstverständnis der Polizei entsprechen.

Ich glaube, wenn sie die Polizei korrekt und klar fragen ^{werden}, sie immer den Schutz der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellen ^{en}. Eine Demokratie kann es nicht akzeptieren, dass Einzelne dazu aufgefordert werden, die Stadt zu verlassen. Das ist ein falsches Signal. Sollte das so gewesen sein, dann ist das entsprechend klar zu korrigieren. Wie gesagt, sollte es so gewesen sein.

(Beifall bei der CDU)

Täter- und Opferrolle dürfen in kein Missverhältnis kommen. Insoweit ist ganz klar, dass das, was da gesagt worden ist und folgte, aufgeklärt werden muss. Aber wir reden hier über eine gesellschaftliche Debatte, darüber, wie eine Gesellschaft mit der Frage von Rechtsextremismus umgeht, welche Sensibilität sie für Akzeptanz anderer Gruppen, für Toleranz entwickelt. Das ist eine gesellschaftliche Diskussion. Ich warne ausdrücklich davor, Hoyerswerda jetzt noch zu pauschalisieren, in eine rechte Ecke zu stellen und die Stadt alleine zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage das auch mit dem Bewusstsein, dass ich selbst in Hoyerswerda aufgewachsen bin und diese Stadt sehr gut kenne. Die Mehrheit der Hoyerswerdaer hat keine rechten Ambitionen und Tendenzen. Sie muss unterstützt werden.

(Beifall bei der CDU)

Die Stadt bemüht sich um eine Aufarbeitung des Themas zur Bewusstseinsstärkung durch ein Aktionsforum und durch Diskussionen. Dabei sollten wir sie unterstützen. Aber wir reden – da wiederhole ich mich – über einen gesellschaftlichen Diskussionsprozess. Staatliches Handeln verlangt ein konsequentes Vorgehen gegen rechtsextremistische Straftaten und auch deren schnelle Verurteilung. Wir hatten in der Vergangenheit auch dafür gute Beispiele. Das polizeiliche Handeln in Mügeln oder Limbach-Oberfrohna sind da bezeichnende Beispiele. Ich glaube, dass dort deutlich schnell und effizient gehandelt wurde.

Die Staatsregierung reagiert aktuell auf die Entwicklungen, und sie reagiert nicht nur, sie wird selbst aktiv. Die Schaffung des OAZ ist eine Stärkung der Soko Rex. 124 Beamte werden sachsenweit, zentral koordiniert, tätig in der Fläche, vernetzen die Arbeit und den Kampf gegen Rechtsextremismus und rechte Strukturen und werden dabei von der Justiz unterstützt. Das ist ein wesentlicher Baustein. Ich

glaube, die Entscheidung, Bernd Merbitz mit dieser Aufgabe zu betrauen, ist das deutliche und richtige Signal.

(Beifall bei der CDU)

Der Kampf und die Auseinandersetzung gegen Rechtsextremismus sind aber eine gesellschaftliche Aufgabe. Staatliches Handeln allein löst diese Herausforderung nicht. Wir sollten dabei auch ~~nach~~ ~~unserem~~ Staatsverständnis, die Rolle des Staates und die Gewaltenteilung beachten. Deswegen noch einmal: Wir reden über eine gesellschaftliche Aufgabe. Der Staat ist Handlungsgarant und schafft die Rahmenbedingungen. Wir müssen gemeinsam über das Thema Rechtsextremismus und über den Kampf darüber reden. Das weltoffene Sachsen ist eine der Möglichkeiten, wie dieser Rahmen unterstützt wird und Initiativen und Projekte gefördert werden können.

Wir brauchen in der Tat in der Bevölkerung und in der Verwaltung eine größere Sensibilisierung, ein deutlicheres Bewusstsein für die Frage von Rechtsextremismus und Intoleranz, für die Frage der Akzeptanz anderer Lebensformen und gesellschaftlicher Lebensvorstellung. Das müssen wir miteinander diskutieren.

Dazu gehört auch, die Polizei stärker zu sensibilisieren. Das ist für mich persönlich ein Punkt, über den wir auch innerhalb der Verwaltung und innerhalb der Polizei reden müssen, und zwar über eine stärkere Sensibilisierung im Kampf gegen Rechts und im Umgang mit Opfern rechter Gewalttäter. Deswegen, so glaube ich, ist es richtig, auch im Bereich der polizeilichen Aus- und Fortbildung einen stärkeren Fokus auf dieses Thema zu setzen.

(Kerstin Köditz, DIE LINKE: Es wird aber auch Zeit!)

Abschließend möchte ich aber deutlich sagen: Die Polizei hat aus meiner Sicht engagiert und verantwortungsvoll nach Recht und Gesetz gehandelt so wie sie jeden Rechtsverstoß in diesem Land bearbeitet.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube auch nicht, dass die Diskussion ^{zu} Hoyerswerda der geeignete Zeitpunkt ist, eine Polizeireform 2020 zu diskutieren. Ihr Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, hilft uns bei der Lösung der anstehenden Herausforderung ^{zu} nicht. Deshalb werden wir ihn ablehnen.

Danke.

(Beifall bei der CDU)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die SPD-Fraktion, Frau Abg. Friedel, bitte.

Sabine Friedel, SPD: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag, den die Linksfraktion hier eingebracht hat, hat zwei Punkte. Der erste Punkt lautet, die Staatsregierung soll uns berichten, was in Hoyerswerda geschehen ist. Ich glaube, diesen Punkt kann man gar nicht ablehnen, und ich gehe davon aus, dass der Staatsminister dann auch in seinem Redebeitrag das tun wird.

Der zweite Punkt lautet: Die Staatsregierung soll dafür sorgen, dass so etwas nicht wieder passiert.

(Kerstin Köditz, DIE LINKE: Richtig!)

Ich glaube auch, das kann man gar nicht ablehnen, Herr Hartmann. Das macht gar keinen Sinn, diesen zweiten Punkt abzulehnen. Den ersten wird der Minister ohnehin erfüllen.



Turnusende

Man kann gar nicht anders, als diesem Antrag zuzustimmen und natürlich wird das meine Fraktion auch tun.

(Beifall der Abg. Kerstin Köditz, DIE LINKE)

Herr Hartmann, Sie haben viel Richtiges in Ihrer Rede gesagt, dafür bedanke ich mich auch. Am Ende bleibt trotzdem so ein ulkiges Gefühl bei mir übrig, denn Ihre Grundaussage ist: Die Polizei hat sich an dem 17. Oktober in Hoyerswerda korrekt verhalten. Es war alles ein Problem der Öffentlichkeitsarbeit. Das finde ich doch ein bisschen kurz gesprungen, denn das trifft das Problem nicht im Kern.

Die Vorredner haben schon erzählt, was in Hoyerswerda passiert ist. Da gibt es Menschen, die befinden sich in einer Gefahrensituation, und es gelingt der Polizei nicht, diese Gefahrensituation so aufzulösen, dass diese Menschen in ihrer Heimatstadt verbleiben können, sondern sie müssen weg. Das ist ein Problem, und das kann man nicht als korrekt bezeichnen.

Wir haben ein Sächsisches Polizeigesetz, das im obersten, im allerersten § 1 Satz 1 die Aussage enthält: „Die Polizei hat die Aufgabe, von dem Einzelnen und dem Gemeinwesen Gefahren abzuwehren.“

(Beifall des Abg. Klaus Bartl, DIE LINKE)

Das ist die Aufgabe der sächsischen Polizei nach unserem Sächsischen Polizeigesetz, und zwar die vorderste und allererste und vornehmste Aufgabe.

Wir müssen feststellen – und das haben wir, glaube ich mal, alle festgestellt, Sie in der Mitte Ihrer Rede auch –, dass die Polizei dieser Aufgabe nicht nachgekommen ist, nachkommen konnte. Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist: Warum ist die Polizei dieser Aufgabe nicht nachgekommen?

Ich denke, da hat es zwei ganz wesentliche Punkte. Zum einen braucht es natürlich einen klaren Kompass in den Köpfen der zuständigen Polizeibeamten: Meine Aufgabe Nr. 1 ist, von dem Einzelnen Gefahren abzuwehren. Punkt. Das heißt, ihm möglich zu machen, dass er sicher in seinem Ort lebt – und wenn eine Gefahr dagegen spricht, dann diese Gefahr abzuwehren.

Ich glaube, dass alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Freistaat diesen Kompass im Kopf haben. Das glaube ich.

Damit kommen wir zum zweiten Kompass, zum Kompass der Staatsregierung und zu Ihrem Kompass, den Sie beim Thema innere Sicherheit anlegen. Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten spüren leider viel zu oft, dass Sie zu ihrer vornehmen Aufgabe laut Polizeigesetz – Gefahrenabwehr – einen Zusatz machen, einen Haushaltsvorbehalt; sofern es im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen möglich ist.

(Kerstin Köditz, DIE LINKE: So ist es!)

Das ist das, was beim Polizeibeamten im Hinterkopf leider ankommt durch das, was in den letzten Jahren passiert ist und weiter passieren wird.

(Volker Bandmann, CDU: Sprechen Sie von Brandenburg, Frau Friedel?)

– Nein, Herr Kollege Bandmann, ich spreche von Ihrer und meiner Heimat, dem Freistaat Sachsen, in dem über 3 000 Stellen bei der Polizei abgebaut werden, in dem die Hälfte aller Polizeireviere geschlossen wird; in dem es auf das große Land mit vier Millionen Einwohnern künftig nur noch 40 Polizeireviere geben wird und wofür Sie die Verantwortung tragen. Über dieses Bundesland spreche ich.

(Beifall bei der SPD, den LINKEN und den GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Volker Bandmann, CDU)

Der Kompass der Staatsregierung und der Koalition lautet leider auch beim Thema innere Sicherheit nicht Gefahrenabwehr und Schutz des Einzelnen und des Gemeinwesens, sondern dieser Kompass lautet: sparen, streichen, kürzen.

So können Sie diese gesetzliche Aufgabe nicht erfüllen. Sie gehen das die ganze Zeit falsch herum an. Sie schauen immer: Wie viel Geld haben wir, wie viele Stellen haben wir, wie viel Sicherheit kommt dabei noch hinten heraus? Wir predigen seit Jahren – egal, ob wir mit Ihnen regiert haben oder jetzt aus der Opposition –: Jedem Stellenabbau, jeder Kürzung muss eine Aufgabenanalyse, eine Aufgabenkritik vorangehen.

Wir müssen doch überhaupt im Blick behalten, welche Aufgaben die Polizei zu erfüllen hat. Anhand dieser Aufgaben müssen wir bemessen, was die Polizei an Ressourcen, an Personal, an Revierstandorten braucht. So herum ist der richtige Weg. Wenn Sie diese Aufgabenkritik vernünftig machen, dann werden Sie feststellen: Sie kürzen zu viel, Sie streichen zu viel, und das bleibt nicht ohne Folgen, sondern das hat eben genau die Folgen, die wir exemplarisch in Hoyerswerda, aber auch bei vielen anderen Punkten sehen. Die Polizeibeamten sind nicht mehr in der Lage, ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen.

Nun ist das OAZ angesprochen worden. Ich glaube schon, dass das eine sehr vernünftige Einrichtung sein kann, ich freue mich auch, dass die Staatsregierung reagiert. Aber das OAZ ist ein Zusatzinstrument, ein ganz spezifisches Instrument zur Abwehr von Rechtsextremismus. Das kann die Basis nicht ersetzen, das kann die Reviere nicht ersetzen, das kann die Polizeibeamten vor Ort nicht ersetzen.

Die gesellschaftliche Aufgabe, Herr Hartmann – darin sind wir uns sehr einig –, sensibler zu werden, Rechtsextremismus gemeinsam stärker zu bekämpfen; wir werden alle gemeinsam im Februar wieder die Gelegenheit dazu haben –,

(Zurufe von der CDU)

~~erfüllen~~ manche von uns gern, manche offenbar weniger gern, wenn ich das Murren hier höre. Aber die Gefahrenabwehr, das ist keine gesellschaftliche Aufgabe.

(Patrick Schreiber, CDU: An Recht und Gesetz halten, Frau Friedel!)

Wir haben ein Gewaltmonopol des Staates. Die Gefahrenabwehr ist eine staatliche Aufgabe, für die der Staat genügend Ressourcen bereitstellen muss. Wir sehen nicht, dass das momentan passiert. Solche Ereignisse wie in Hoyerswerda sind die Folge. Das halten wir für ein großes Problem und natürlich wollen wir nicht nur wissen, was in Hoyerswerda passiert ist, sondern wir wollen – im Gegensatz zu Ihnen – auch wissen, was die Staatsregierung tun wird, um dafür zu sorgen, dass so etwas nicht wieder passiert. Deswegen stimmen wir diesem Antrag zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei den LINKEN und den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die FDP Herr Abg. Biesok, bitte.

Carsten Biesok, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Hoyerswerdas Polizei kapituliert vor Neonazis“ oder „Polizei empfahl Flucht vor Rechtsextremisten“. Diese Schlagzeilen haben uns alle aufgerüttelt. Ich habe eigentlich nicht gedacht, dass es mehr als 21 Jahre nach den rassistischen Ausschreitungen von Hoyerswerda wieder Menschen gibt, die aus ihrem Lebensumfeld fliehen müssen, die in andere sichere Orte verbracht werden müssen.

Es darf eines in unserem Staat nicht geben: das Signal, dass es den Verantwortlichen nicht mehr möglich ist, die Sicherheit von Personen an bestimmten Orten zu gewährleisten; ein Signal an rechtsextremistische Kreise, dass sie es schaffen, den Aufenthalt von anderen, ihnen politisch Unliebsamen an ausgewählten Orten zu unterbinden und diese zu vertreiben. Genau dieses Signal ist aber von Hoyerswerda ausgegangen.

Es ist für mich unerträglich, wenn der Sprecher der Polizeidirektion Oberlausitz-Niederschlesien, Thomas Knaup – Herr Dr. Hahn, Sie haben es schon zitiert –, sagt, dass es einfacher ist, zwei Personen vom einen zum anderen sicheren Ort zu verbringen, als 30 Personen beispielsweise zu bewachen oder permanent fünf Funkstreifenwagen vor eine Haustür zu stellen. Diese Aussage – das sage ich offen und ehrlich – ist mir ein Disziplinarverfahren wert.

Meine Damen und Herren, das Recht darf dem Unrecht nicht weichen. Wir stellen hier in Sachsen alle 14 Tage einige Hundertschaften der Polizei bereit, damit elf schwarz-gelb bekleidete Männer in einer Betonarena gegen einen Ball treten können. Dann müssen wir auch fünf Funkstreifenwagen bereitstellen, um Bürger zu schützen, die sich gegen Rechts engagieren.

(Dr. André Hahn, DIE LINKE: So ist es! – Vereinzelt Beifall bei der CDU, den LINKEN, der FDP und der SPD)

Über diesen Vorfall müssen wir reden und die Lehren daraus ziehen. Das hat nichts mit medialen Schmutzkübeln zu tun, die über Hoyerswerda oder seine Bevölkerung

ausgekippt werden sollen, wie teilweise befürchtet wird. Wir lösen kein Problem, indem wir es totsichweigen.

Deshalb war es richtig, dass der Hoyerswerdaer Oberbürgermeister Stefan Skora im Rahmen des öffentlichen Aktionsforums am 28. November gesagt hat, dass es in der Stadt wieder rechtsradikale Aktivitäten gibt. Man darf das nicht kaschieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abg. Sabine Friedel, SPD)

Am 17. Oktober hat sich leider wieder gezeigt, dass es bisher nicht gelungen ist, ein anderes Klima in der Gesellschaft zu etablieren – ein Klima, in dem Rechtsextremisten zu spüren bekommen, dass die übergroße Mehrheit der Gesellschaft ihre menschenverachtende Ideologie ablehnt und aktiv gegen rechtsradikale Tendenzen vorgeht; ein Klima, in dem sich eine Kultur des Hinschauens entwickelt anstatt einer Kultur des Wegschauens.

Dies zu erreichen ist aber nicht nur die Aufgabe der Polizei, sondern Aufgabe der ganzen Gesellschaft. Einiges wurde vor Ort in den letzten Wochen bereits in Angriff genommen. So gibt es das bereits erwähnte Aktionsforum und die polizeiliche Präsenz wurde erhöht. Ohne zivilgesellschaftliches Engagement aber, ohne das Abreißen von Aufklebern und Plakaten von rechten Gruppen – so wie es die beiden Hoyerswerdaer getan haben –, ohne Zutun von Einzelpersonen werden wir Vorfälle wie am 17. Oktober dieses Jahres nicht verhindern können.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Auch von diesem Ort heute muss ein Gegensignal ausgehen: das Signal, dass es diese Gesellschaft nicht hinnehmen wird, dass an einem noch so kleinen Ort Rechtsextremisten bestimmen, wer sich dort aufhalten darf und wer nicht. Um es mit den Worten des Landespolizeipräsidenten auszudrücken: das Signal, dass wir den Rechten auf den Füßen stehen, und zwar alle zusammen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die zuständigen Ermittlungsbehörden bereits alle eine wirkungsvolle und effiziente Strafverfolgung befördern und gewährleisten, dass es hier nicht nur um Vorkehrungen vonseiten der Staatsregierung geht, wie es im Antrag gefordert wird. Deshalb bin ich an diesem einen Punkt anderer Auffassung als der Antragsteller. Deshalb werden wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

(Turnusende)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Jähnigen.

Eva Jähnigen, GRÜNE: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns offenbar unter den demokratischen Fraktionen und hoffentlich auch mit der Regierung einig: Ein Vorfall wie am 17. Oktober in Hoyerswerda ist ein Skandal und darf sich in Sachsen nicht wiederholen! Es kann nicht sein, dass sich rechtstreue und gewaltfrei engagierende Menschen vor Neonazis verstecken müssen. Wir wollen ein weltoffenes Sachsen in der Fläche des ganzen Landes und keine national befreiten Zonen.

(Vereinzelt Beifall bei den LINKEN und der Abg. Elke Herrmann, GRÜNE)

Damit uns die Wiederholungsfahr dieses Vorfalles nicht einholt, müssen die Ursachen schonungslos und klar aufgearbeitet und Konsequenzen gezogen werden. Bisher fehlt uns dazu die klare und widerspruchsfreie Darstellung der Regierung. Ein Disziplinarverfahren gegen den Polizeisprecher zu fordern, ist mir zu früh – ich war erschrocken über seine Darstellung –, wenn ich nicht weiß, wer bei der Polizei in der Nacht was und wer im Nachgang was entschieden hat, denn die Darstellungen des Polizeisprechers sind mehrfach und in sich widersprüchlich dementiert worden. Andererseits hat sich der Chef des neuen operativen Abwehrzentrums Bernd Merbitz dieser Kritik ja angenommen. Deshalb fordere ich Sie, Herr Staatsminister, auf: Beschönigen Sie nichts, klären Sie die Fakten und legen Sie die Ursachen dafür offen.

Öffentlich bekannt sind folgende Tatsachen:

Erstens: Zwei Menschen sind in Hoyerswerda nachts in ihrem Wohnhaus von einem Trupp sogenannter autonomer Nazis mehrere Stunden mit Gefahr für Leib und Leben bedroht worden und haben seitdem große Angst ausstehen müssen. Grund war offenbar, dass sie rechtsextreme Klebezettel im öffentlichen Raum abgerissen haben. Offenbar war die Polizei in der Tatnacht über längere Zeit nicht in der Lage, genügend Einsatzkräfte zur Abwendung dieser Gefahr zur Verfügung zu stellen.

Zweitens. Schritt für Schritt wurden offensichtlich verfügbare Streifenwagen nach Hoyerswerda abgezogen. Am Tatort waren die Polizisten offenbar nicht in der Lage, eine Identitätsfeststellung vorzunehmen. Ich unterstelle zugunsten der eingesetzten Beamten, dass sie das nicht etwa nicht wollten – das wäre Strafreitelung im Amt –, sondern dass sie das nicht konnten, weil sie in der Minderheit waren.

Das macht mich nachdenklich. Wo waren die mobilen Einsatzkräfte, von denen so viel geredet wird? Wo waren die sächsischen Beweissicherungs- und Feststellungseinheiten oder das Spezialeinsatzkommando, das in Sachsen sogar zu Demonstrationen eingesetzt wird? Wurde Unterstützung aus der Bundespolizei angefordert? Alles offen.

Drittens. Die bedrohte Frau ist von den Tätern mit Vergewaltigung bedroht worden. Ihr ist zugerufen worden: Ich kenne dich, ich komme wieder, ich kriege dich. Die Täter kamen offenbar aus dem Nahbereich der Opfer.

Ich meine, das ist ein klassischer Fall, in dem Personen von der Polizei Personenschutz angeboten werden muss, sonst hat man keine ~~andere~~ Alternative als sich zu verstecken. Folgerichtig habe ich den Innenminister und den Polizeipräsidenten in der letzten Innenausschusssitzung gefragt, ob den Opfern durch das zuständige LKA Personenschutz angeboten wurde. Herr Ulbig und Herr Kant zeigten sich überrascht und versprachen uns im Ausschuss eine schriftliche Antwort. Diese haben wir bis heute nicht.

Welche vorläufigen Konsequenzen zieht die GRÜNE-Fraktion daraus? Ich meine, die bisherigen Reaktionen aus Innenministerium und Polizeiführung haben gezeigt, dass dieser bedauerliche Fall eine unabhängige Untersuchung braucht. Interne Untersuchungen scheint es nicht zu geben, und ich habe nach der bisherigen Eierei auch nicht mehr das Vertrauen, dass sie ungefälschte Ergebnisse bringen.

(Volker Bandmann, CDU: Das ist unverschämt!)

Für die Zukunft haben wir für solche Fälle eine unabhängige Polizeikommission vorgeschlagen, die so etwas überprüfen und dem Parlament Empfehlungen geben kann. Zurzeit gebe es nur den Weg, unabhängige Sonderermittler einzusetzen, vielleicht Fachleute aus einem anderen Bundesland. Die Ermittlungsmöglichkeiten des Parlaments reichen hier offenbar nicht aus. Für die GRÜNE-Fraktion habe ich immer wieder davor gewarnt, dass Ostsachsen mit wenig Bevölkerung von viel Fläche Lücken in der Polizeipräsenz drohen. Hier wurde bereits seit 2009 die Polizeistärke ausweislich der Antworten auf meine Kleinen Anfragen von 136 auf 104 Beamte verringert, denn, Herr Bandmann, die Polizeidichte wird bei uns nach der Einwohnerstärke und nicht nach der Fläche des Landes gemessen. Auch deshalb brauchen wir eine kritische Überprüfung der Polizeistärke und des Stellenabbaus, und zwar jetzt und nicht irgendwann nach der letzten Wahl.

Genau deshalb haben wir Ihnen immer wieder Vorschläge gemacht, wie die Stellenausstattung der Polizei und der Schwerpunktbereiche in der Justiz aufgestockt werden können. Die Interventionszeiten der Polizei müssen ständig und öffentlich zugänglich ausgewertet werden, gerade bei Gefahr für Leib und Leben.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die bisherige Debatte hat gezeigt, dass dieser Antrag immer noch nötig ist. Wir werden ihm deshalb auch zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den LINKEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die NPD-Fraktion Herr Abg. Storr.

Andreas Storr, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Offenbar will DIE LINKE mit dem langatmigen Titel des vorliegenden Antrages die Substanzlosigkeit ihrer Initiativen überdecken. Es ist nichts anderes als der von dieser Fraktion immer wieder verbreitete Antifa-Klamauk, der uns heute zum x-ten Male beschäftigen soll. Deshalb will ich nicht allzu viel Zeit dafür verschwenden und mache es kurz.

Erstens. Wenn es in Hoyerswerda tatsächlich Straftaten gab, dann ist es Sache der Strafverfolgungsbehörden, das festzustellen und die Täter dingfest zu machen. Allerdings bestehen aus Sicht der NPD-Fraktion erhebliche Zweifel, ob die Abläufe wirklich so waren, wie sie von den beiden gerichtsbekannten linkslastigen Journalisten Datt und Ginzler in der MDR-Sendung „Exakt“ geschildert wurden.

Zweitens. Wenn Bürger in Sachsen tatsächlich von Straftätern bedroht werden, dann kann es nicht sein, dass ihnen von der Polizei nahegelegt wird, ihren Wohnort zu verlassen. Das gilt dann aber für Rechte und Linke gleichermaßen. Es ist nämlich keine Spezialität von vermeintlich Rechten, andere Menschen aus ihrer angestammten Umgebung zu verjagen. Auch die der Fraktion DIE LINKE nahestehende Antifa hat das in der Vergangenheit schon oft praktiziert. Davon berichten die Medien aber nichts.

(Vereinzelt Beifall bei der NPD)

Ähnlich verhält es sich mit den Attacken auf die Abgeordnetenbüros politischer Gegner. Wird irgendwo im Land ein Büro einer linken Partei beschmiert, geht das tagelang durch die Presse. Erfolgt aber ein Farb- oder sogar ein Brandanschlag auf ein NPD-Bürgerbüro, regt sich niemand von Ihnen auf. Für uns Nationaldemokraten ist klar: Die Polizei hat das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen. Die Flucht vor tatsächlichen oder vermeintlichen Tätern ist keine Alternative. Dazu muss die Polizei aber auch personell in die Lage versetzt werden. Die Polizeireform von Herrn Ulbig ist deshalb ein Schritt in die falsche Richtung. Darüber werden wir nachher beim NPD-Antrag noch ausführlicher sprechen.

Drittens. Es zeugt vom Realitätsverlust der LINKEN oder ist gar Teil einer Strategie, das politische Koordinatensystem noch weiter nach links zu verschieben, wenn sie der Staatsregierung unterstellen, den Kampf gegen Rechts nicht ausreichend zu führen und es bedürfe einer Reform der Strafverfolgung, womit natürlich vor allem ein Ausbau der Gesinnungsjustiz gemeint ist. Doch hier sind die Minister Ulbig und Martens den LINKEN längst voraus. Es bedarf eines solchen Antrages nicht, denn einerseits hat der Innenminister unlängst den ehemaligen Volkspolizeimajor und SED-Genossen Bernd Merbitz an die Spitze des sogenannten operativen Abwehrzentrums gegen Rechts berufen, was auch von den LINKEN lauthals begrüßt wurde, andererseits ist auf dem Gebiet der Justiz der Kampf gegen Rechts ganz im Sinne der Genossen organisiert. An der Spitze der Staatsanwälte in Sachsen, die sich mit den sogenannten Staatsschutzdelikten beschäftigen, steht mit dem Dresdner Oberstaatsanwalt Jürgen Schär ein früherer DDR-Staatsanwalt, der schon vor Jahren den Aufstand der Zuständigen im Kampf gegen Rechts ausrief.

Die Speerspitze des Kampfes gegen Rechts im Freistaat Sachsen bilden somit zwei ehemalige treue Diener des SED-Staates. Wozu also das ganze Palaver, sehr geehrte Damen und Herren von den LINKEN? Es sind Ihre Genossen von einst, die das Kommando führen. Oder um mit Genossen Stalin zu sprechen: Die Kader entscheiden alles. Also bitte etwas mehr Vertrauen zu Herrn Merbitz und Herrn Schär. Ihr Antrag ist einfach überflüssig. Nicht aus diesem Grund, sondern weil wir dem Antifa-Mummenschanz der LINKEN selbstverständlich prinzipiell ablehnen, wird die NPD-Fraktion zu diesem Antrag mit Nein stimmen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall bei der NPD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wir gehen in die zweite Runde. Für die Linksfraktion spricht Herr Bartl.

Klaus Bartl, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Ich will mich aus nachvollziehbaren Gründen als Anwalt der Betroffenen in keiner Weise zu Details zu tatsächlichen Geschehnissen und Abläufen in den Abendstunden des 17. Oktober in diesem Wohnhaus in Hoyerswerda äußern: nicht zu den tatsächlichen Dimensionen der Bedrohungsängste, die für die Betroffenen entstanden sind, nicht zu den gesundheitlichen Folgen, die eingetreten sind und ausgelöst wurden durch den Umstand, dass 15 nahezu zwei Stunden auch weithin ungehindert marodierende Neonazis nicht nur vor dem Haus, das Haus selbst und unmittelbar auch die Wohnung bedrängen konnten und Bedrohungen ausstießen, die Frau Kollegin Jähnigen ja hier zum Teil wiedergegeben hat.

Turnusende

Ich will auch nichts sagen zum Zustandekommen des Verlassens der Wohnung. Das wird in einem rechtsförmlichen Verfahren zu klären sein. Ich will ausdrücklich sagen, dass ich Kollegen Hartmann und Kollegen Biesok für ihr Herangehen an die Debatte meinen ausdrücklichen Respekt ausspreche. Auf dieses rechtsförmliche Verfahren vertraue auch ich. In diesem Verfahren wird im Detail auch auf Widersprüche einzugehen sein, die sich zwischen dem, was medial reflektiert wurde, und dem sogenannten Aktionsforum vom 28. November 2012, sprich den Aussagen leitender Vertreter der sächsischen Sicherheitsbehörden, ergeben. Das sind Widersprüche, die real in der Welt sind und die geklärt werden müssen.

Ich baue bei diesem Strafverfahren darauf, dass man in dieser Verhandlung mit entsprechender Beweiserhebung feststellen wird, was tatsächlich geschehen ist. Ich bin der festen Überzeugung, es wird nicht bei dem jetzt ^{ersehenen} bestehenden Tatbestand der Bedrohung bleiben. Hier lag schwerer Landfriedensbruch vor, hier lag schwerer Hausfriedensbruch vor, hier lag die Bedrohung mit der Begehung eines Verbrechens vor und dergleichen mehr.

Worauf es mir ankommt und weshalb ich in meiner Eigenschaft als rechtspolitischer Sprecher das Wort genommen habe, ist, dass diese Sache nicht nur aus Sicht der Gefahrenabwehr der Polizei einen bedeutsamen Präzedenzfallcharakter hat, sondern auch aus der Sicht der Funktionierens der Strafverfolgung, Herr Staatsminister. Ich meine jetzt den Herrn Staatsminister der Justiz.

Dass die Polizei tatsächlich erst nach zweieinhalb Stunden in einer Kräftekonstellation war, die es ihr gestattete, dann nicht mehr am eigentlichen Tatort, am eigentlichen Ereignisort auch nur die Personalien der Täter zu sichern, sondern das erst in einer nicht weit entfernten, aber immerhin entfernt von dem Haus liegenden Tankstelle partiell tun konnte, mit allen damit verbundenen Unwägbarkeiten, welche Einwände dann die Verteidiger dieser Nazis bringen können, ob denn die Betroffenen tatsächlich in dem Haus waren, und dergleichen mehr – das ist der eine Fakt. Dafür kann – das sage ich an dieser Stelle – weder der Polizeipräsident der dortigen Polizeidirektion etwas noch der Pressesprecher oder

irgendein anderer Polizeibeamter, der vor Ort gehandelt hat. Dafür kann momentan auch der Landespolizeipräsident nichts.

Das ist – das sage ich mit aller Verantwortung – die Konsequenz von Fehlentscheidungen in diesem Haus.

(Beifall bei den LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Zu den Daseinsfürsorgeaufgaben, die im Haushalt zu berücksichtigen sind, gehört die verfassungsmäßige Pflicht, den Bürgern die Sicherheit von Leib und Leben zu ^{leiten}gewähren, ^{Strafprozessordnung}zumal bei Angriffen, die von derartigen Nazis ausgehen. Tatsache ist, dass § 163 – Herr Justizminister, das wissen Sie – gesetzlich dazu verpflichtet, an Ort und Stelle, unmittelbar am Ereignisort alles zu tun, dass – ich zitiere – die Behörden und Beamten des Polizeidienstes Straftaten zu erforschen und alle notwendigen, keinen Aufschub gestattenden Handlungen vorzunehmen haben, um eine Verdunklung der Sache zu verhüten. Das ist der Gesetzesbefehl nach § 163.

Ich hätte mir sehr gewünscht und wünsche mir noch sehr, dass sich der ^{Beauftragte} Staatsanwalt, der zuständige Leitende Oberstaatsanwalt und der Generalstaatsanwalt des Freistaat Sachsen melden und sagen: Auch wir als die zuständigen Leiter der Ermittlungsverfahren fordern, dass eine Polizeidichte, eine Polizeipräsenz, eine Polizeistruktur wiederhergestellt wird, die es ermöglicht, dass tatsächlich diesem auch verfassungsmäßig abgesicherten Gesetzesbefehl laut Strafprozessordnung gefolgt werden kann.

(Beifall des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE – Zuruf des Abg. Dr. André Hahn, DIE LINKE – Staatsminister Dr. Jürgen Martens: Das hat nicht einmal die Stasi hingekriegt!)

– Ich halte diese Bemerkung an dieser Stelle, Kollege Martens, erstens für wesentlich unter Ihrem intellektuellen Niveau und zweitens für respektlos angesichts dieses Gegenstandes.

Ich glaube, es ist wenig hilfreich, wenn eine gemeinsame Presseinformation, in diesem Fall der Staatsanwaltschaft Bautzen und der Polizeidirektion Oberlausitz/Niederschlesien, am 18. ~~August~~^{Oktober} 2012 mit folgendem Wortlaut erscheint: „Am Mittwochabend haben gegen 21:15 Uhr mehrere Personen in Hoyerswerda in einem Wohnblock in der Robert-Schumann-Straße die Bewohner einer dortigen Wohnung“ – jetzt wird die Wohnungsnummer angegeben – „bedroht. Die Gruppe hatte sich Zugang zum Treppenhaus verschafft und versuchte gewaltsam, in die Wohnung zu gelangen, in der sich die beiden 33-Jährigen eingeschlossen hatten. Sachschaden an der Wohnungstür ist dabei nicht entstanden. Die Bedrohten riefen die Polizei zur Hilfe. Bei Eintreffen der Polizei verließ die Personengruppe den Wohnblock und begab sich zu einer nahegelegenen Tankstelle. Hier wurden die Personalien der angetroffenen Personen festgestellt. Die beiden Bedrohten erstatteten Strafanzeige. Das Dezernat Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen.“ Ende der Presseerklärung.

Das ist die Presseerklärung von Staatsanwaltschaft und Polizei. Wie wollen Sie dann zivilgesellschaftliche Kräfte mobilisieren?

(Beifall der Abg. Eva Jähnigen, GRÜNE)

Wie soll denn dann die Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Kräfte laufen, wenn Staatsanwaltschaft und Polizei das verlautbaren lassen? Warum haben wir dann als lokale Verantwortliche nicht den Schneid und den Mut, zu sagen: Das waren Nazis, die dort bedrängt haben, und wir waren polizeilich nicht in der Lage, den Schutz der Betroffenen zu gewähren. Wir, Staatsanwaltschaft und Polizei Hand in Hand, fordern, dass daraus entsprechende Konsequenzen gezogen werden. –

(Beifall bei den LINKEN)

Das in Kontrolle zu nehmen und das entsprechend zu bedenken, das zu evaluieren und daraus Schlussfolgerungen in diesem Hause zu ziehen, das ist die Verantwortung dieses Parlaments, die ihm gesetzlich aufgegeben ist.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei den LINKEN, der SPD und der Abg. Eva Jähnigen, GRÜNE)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die CDU-Fraktion Herr Hartmann, bitte.

Christian Hartmann, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man muss natürlich bei solchen Debatten und Diskussionen immer aufpassen, dass man den Weg der Sachlichkeit nicht verliert und dass man nicht anfängt, etwas zu konstruieren. Nochmals: Die Polizeibeamten sind vor Ort gerufen worden, und die Polizeibeamten haben vor Ort gehandelt.

(Beifall bei der CDU)

Es mussten Kräfte zugeführt werden.

Sie konstruieren jetzt eine Diskussion über die Polizeireform 2020, über Stellenabbau, über nicht mehr vorhandene Einsatzkräfte in der Fläche. Meine Damen und Herren, ein solcher Vorfall vor 10 oder 15 Jahren – spontan 15 Leute, die irgendwo versuchen, Krawall zu machen, egal ob politisch motiviert oder nicht – ist immer mit einem Streifenwagen vor Ort festgestellt worden, der eine Zuführung von Kräften entsprechend der Lage gefordert hat. Das ist die Realität.

Jetzt so zu tun, als ob wir gerade jetzt durch eine Polizeireform 2020 einen Zustand erreicht hätten, mit dem die innere Sicherheit im Freistaat nicht mehr gewährleistet werden kann, und jetzt exemplarisch am Fall Hoyerswerda so zu tun, als ob diese Staatsregierung im Kampf gegen Rechtsextremismus keine klare Position hätte und nicht bereit wäre, diesen Kampf zu führen, das ist doch sehr grotesk.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Eine Zwischenfrage. Herr Bartl, bitte.

Klaus Bartl, DIE LINKE: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Ich bedanke mich, dass Sie bereit sind, meine Frage zu beantworten, lieber Herr Hartmann.

Herr Hartmann, geben Sie mir darin recht, dass weder Kollege Hahn noch ich mit einem Wort bestritten haben, dass die Polizei im Einsatz war, dass die Polizeikräfte versucht haben, ihr Möglichstes zu tun, und geben Sie mir darin recht, dass das Problem aus unserer Darstellung darin liegt, dass es über zwei Stunden dauert, bis die betreffenden Kräfte des MIK, die dann einschreiten können, an diesem Ort in Hoyerswerda sind, in einer Stadt, die immer noch um die 35 000 Einwohner hat, wenn ich sie richtig kenne?

Christian Hartmann, CDU: Ich gebe Ihnen recht, dass ich Ihre Ausführungen verstanden habe.

Klaus Bartl, DIE LINKE: Darf ich eine Nachfrage stellen? Halten Sie es für vertretbar, dass es zwei Stunden dauert – –

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Das ist eine zweite Frage.

Klaus Bartl, DIE LINKE: Nein, eine Nachfrage.

(Heiterkeit)

↪ Entschuldigung, dann eine zweite Frage, Frau Präsidentin.

(Zurufe von den LINKEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Weil Weihnachten ist.

Christian Hartmann, CDU: Können Sie bitte die Frage wiederholen?

(Heiterkeit)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wir lassen jetzt Herrn Hartmann einmal antworten, oder?

(Heiterkeit) ↪ Herr Bartl!

Turnusende

Klaus Bartl, DIE LINKE: Meine Frage an Herrn Kollegen Hartmann lautet wie folgt:
Halten Sie es für vertretbar, dass es bei einem derartigen Vorfall zwei Stunden dauert – ob in Hoyerswerda oder einem anderen Teil dieses Landes –, bis die notwendigen Polizeikräfte, in diesem Fall das MEK, hinzugeführt werden ^{→ für} kann?

Christian Hartmann, CDU: Herr Bartl, ich bin der Auffassung, dass Polizeikräfte schnellstmöglich zugeführt werden müssen. Es ist eine Frage des Einzelfalls, ob dieses Lagebild objektiv gerechtfertigt war. Was mir, wir befinden uns im Bereich der Spekulation, bis jetzt noch nicht klar ist, ist folgende Frage: ^{Ob} und wann es möglicherweise aufgrund mangelnder Kräfte eine Lage gab, in der die Situation polizeilich nicht zu begleiten war? Sie mögen mich jetzt sicherlich schlagen wollen.

Es ist eine Sicherung des Wohnungsbereiches erfolgt. Es ist eine Feststellung des Verlaufs der Bewegung der Gruppe erfolgt. Es hat eine Feststellung der Gruppe gegeben. Bis zu diesem Zeitpunkt ist für mich ein polizeiliches Handeln erkennbar, was für die Personen als ein subjektives Gefährdungsverständnis bzw. Gefährdungsgefühl wahrnehmbar war. Ob es tatsächlich eine objektive Gefährdungslage gegeben hat, ~~zu der Frage~~ nach dem Eintreffen der Polizei und dem Beginn der Zuführung, ist ein Punkt, der im Bereich der Staatsregierung und der weiteren Aufklärung des Sachverhaltes zu prüfen ist. Ich halte es für einen völlig normalen Vorgang, egal wo in diesem Land. Ansonsten sind wir im Bereich der Vollkasko mentalität. Ansonsten fangen wir an, in jeder Stadt und an jedem Standort mehr als nur ein Revier zu ^{errichten} ~~sozialisieren~~. Ansonsten befinden wir uns in dem Bereich, dass wir Hundertschaften bereitstellen, wenn Sie garantieren wollen, dass ein spontan eintretendes Ereignis immer sofort mit einem ausreichenden Kontingent an Polizeibeamten abgedeckt ist.

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal Folgendes deutlich machen: Es bedarf einer Aufklärung des Sachverhaltes, insbesondere bei der Frage des Verlassens der Stadt. Es ist in der Tat so, das geprüft werden muss, wer welche Empfehlung gegeben hat.

Ganz klar kommt von uns noch einmal das Zeichen, dass dort etwas passiert ist, was es nicht geben kann. Sollte es so gewesen sein, ist das zu klären. Ich habe die Position des Staatsministers des Innern und der sächsischen Polizei so verstanden. Ich wiederhole mich. Entsprechend den Richtlinien und des Selbstverständnisses der Polizei ist das keine Option – genau so wenig wie für die Koalition. Wir werden uns

mit der Frage der Auseinandersetzung des Kampfes gegen Rechtsextremismus insgesamt widmen. Es geht nicht, hier so zu tun, als ob die Meinungsbildung und Meinungsführerschaft bei der Staatsregierung liegt. Die Exekutive ist zu einer politisch neutralen Handlung im Rahmen ihrer Amtsführung verpflichtet. Wir reden über eine Verantwortung des Parlaments und vor allem für eine Verantwortung der gesamtgesellschaftlichen Diskussion. Bitte lassen Sie uns das auch so führen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, der FDP und der Staatsregierung)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die SPD möchte das Wort nicht mehr ergreifen. Möchte die FDP noch einmal das Wort ergreifen? – Nein, das ist nicht der Fall. Möchte die Fraktion GRÜNE das Wort ergreifen? – Das ist auch nicht der Fall. Möchte die NPD sprechen?

(Jürgen Gansel, NPD: Nein, zu substanzlos die Debatte!)

– Nein, das ist nicht der Fall. Dann frage ich die Staatsregierung.

(Zurufe aus der CDU: Moment!)

Die CDU möchte doch noch das Wort ergreifen.

Frank Hirche, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als zuständiger Wahlkreisabgeordneter von Hoyerswerda möchte ich die Gelegenheit nutzen, hier etwas zu diesem Thema zu sagen. Ich glaube, dass wir uns alle im Saal einig sind, dass das, was in Hoyerswerda passiert ist, auf keine Weise zu tolerieren ist.

(Beifall bei der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Ich möchte Folgendes klarstellen: Hoyerswerda ist durch diese Geschichte wieder einmal in die Schlagzeilen geraten. Dies geschah, obwohl die Stadt Hoyerswerda – Frau Friedel, deshalb möchte ich Ihnen antworten – genügend tut, diesen Dingen entgegenzuwirken.

Jetzt sind wir bei dem Thema. Sie stellen sich hier hin und fragen, was die Stadt Hoyerswerda getan hat. Ich möchte Sie einmal fragen: Was haben Sie getan? Was haben Sie bei der Konferenz, die in Hoyerswerda stattgefunden hat, getan? Ich habe keine Kollegen ^{von} der Linksfraktion, SPD oder GRÜNE im Saal gesehen.

(Zuruf des Abg. Thomas Jurk, SPD)

Sie haben nicht dazu beigetragen, dort Ihre Meinung kundzutun. Das passierte über die Zeitung. Das finde ich den Bürgern, der Polizei und auch den Opfern gegenüber ungerecht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Kommen wir einmal auf ein anderes Thema zu sprechen. Ich habe es mit Genugtuung zur Kenntnis genommen und genossen, Herr Hahn, jetzt komme ich zu den Genossen, dass Sie sagten, dass Sie sich gegen jegliche Art von Gewalt einsetzen wollen. Hoyerswerda ist durch die rechte Szene gebrandmarkt. Hoyerswerda ist aber mittlerweile auch durch die linke Szene gebrandmarkt.

Die Vorgänge spielen sich mittlerweile jedes Jahr ab. Gerade Ihre Kollegen rufen zu Demonstrationen in Hoyerswerda auf. Die Gewalt ist vorprogrammiert. Das finde ich genauso schlimm wie die rechten Zustände, die sich dort abspielen. Das sollten Sie hier einmal sagen.

Deshalb finde ich es gut, dass Sie es so gesagt haben. Ich werde Sie beim Wort nehmen, dass zukünftig Ihre Klientel nicht mehr durch Hoyerswerda marschiert und den gleichen Spuk wie die rechte Seite veranstaltet.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Frau Friedel, Sie möchten eine Kurzintervention machen? – Bitte.

Sabine Friedel, SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich wollte Sie nicht mit einer Zwischenfrage stören. Herr Kollege, ich habe in meiner Rede das Wort Hoyerswerda nur einmal in den Mund genommen. Das war ganz am Anfang, als ich erklärte, worum es in dem Antrag geht. Mein Anliegen in der Rede war nicht zu fragen, was hat^{er} Hoyerswerda, die Gesellschaft oder die einzelnen Polizeibeamten getan. Mein Anliegen war, in der Rede Folgendes deutlich zu machen: Wenn diese Staatsregierung und schwarz-gelbe Koalition jahrelang und mittlerweile schon fast jahrzehntelang bei der Polizei und inneren Sicherheit die Mittel kürzt^{en}, hat das Konsequenzen. Hoyerswerda ist eine Folge dieser Kürzungen. Das war mein Anliegen.

(Volker Bandmann, CDU: Die Kürzungen hat doch die SPD beschlossen!)

Herr Bandmann, das haben wir vorhin schon erklärt. Lesen Sie es noch einmal nach, wenn das Protokoll vorliegt.

Sollte ich mich missverständlich ausgedrückt haben, war das nicht meine Absicht.

Frank Hirche, CDU: Ich nehme das als Entschuldigung zur Kenntnis.

(Beifall bei der CDU – Zurufe aus der CDU: Bravo!)

Ich werde Sie noch einmal an Ihre Worte erinnern. Sie haben wörtlich folgendes gesagt: Was wird Hoyerswerda tun? Ich habe gefragt, was Sie tun werden? Wir können uns gern darüber austauschen. Sie können gern einmal nach Hoyerswerda kommen. Dann machen wir das.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Frau Abg. Jähnigen, bitte.

Eva Jähnigen, GRÜNE: Ich möchte gern noch einmal auf den Vorredner aus der CDU-Fraktion reagieren. Herr Hirche, es waren beim Aktionsforum sehr wohl GRÜNE im Saal. Sie haben sie vielleicht nicht wahrgenommen. Wir standen im ständigen Kontakt. Der Sprecher des dortigen Kreisverbandes hat sogar von der Veranstaltung getwittert. Diese war öffentlich. Wir haben sie gemeinsam vor- und nachbereitet, weil ich nicht kommen konnte.

Ihre Ausführungen zur linken Szene verstehe ich nicht. Klar ist, dass wir GRÜNEN Gewalt ablehnen. Heute geht es aber um die Frage, dass jede Person, unabhängig davon, ob Sie eine prominente Person ist oder links oder bürgerlich denkt, die sich rechtstreu verhält, † †

(Andreas Storr, NPD: Oder rechts! Rechts kommt von rechtstreu!)

† in einer Gefahrensituation geschützt werden muss. Weder Sie noch Ihr Vorrednerkollege Hartmann haben dargelegt, wie das geschehen ist. Sie sagen, dass die Polizei sich korrekt verhalten habe. Sie haben aber nicht geklärt, ob den Personen Personenschutz angeboten wurde und ^{Hartmann} es nicht möglich war, die Identität der Täter am Tatort festzustellen. Insofern kann ich mich den Vorrednern nur anschließen. Es besteht tatsächlich ein großer Aufklärungsbedarf. Ich wünsche mir, dass Sie mit uns gemeinsam Druck machen, dass das wirklich aufgeklärt wird. Wie wir uns das vorstellen, sagte ich bereits.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Hirche, bitte.

Frank Hirche, CDU: Das würde ich gerne tun. Um das zu tun, müsste ich Sie erst erkennen. Vielleicht machen Sie sich einmal eine Sonnenblume an das Revers, dann kann ich Sie gut erkennen. Das war ein bisschen spaßig gemeint. Wenn Sie da sind, können Sie zumindest den Mund aufmachen.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Möchten Sie eine Kurzintervention zur Herrn Hirche machen, Herr Jurk? – Gut. Herr Jurk, bitte.

Thomas Jurk, SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Hirche!

(Allgemeine Unruhe im Saal)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Ich bitte Sie, zuzuhören.

Thomas Jurk, SPD: Ich kann verstehen, wenn Sie als Wahlkreisabgeordneter das Ansehen der Stadt Hoyerswerda im Auge haben. Das geht mir genauso. Ich kenne Hoyerswerda relativ gut. Ich weiß um die großen Probleme dieser Stadt. Deshalb müssen wir alles tun, damit der Ruf in Hoyerswerda nicht noch mehr verschlechtert wird, ^{als} wie er ohnehin durch die dramatischen Vorfälle von vor über 20 Jahren bereits verschlechtert wurde.

Herr Hirche, ich kann mir eines nicht ersparen. Wenn Sie uns vorhalten, wir würden bei bestimmten Veranstaltungen nicht dabei sein, müssten Sie als Wahlkreisabgeordneter zur Kenntnis nehmen, dass wir häufig gar nicht eingeladen werden. Der Wähler hat das nun einmal so entschieden. Bis auf zwei Abgeordnete der LINKEN sind alle Wahlkreisabgeordneten der CDU zugehörig. Wenn man möchte, dass alle anderen auch eingeladen werden, muss man das machen, Herr Kollege Hirche. Deshalb finde ich es unangemessen, was Sie gemacht haben. Ich habe Ihnen gesagt, dass wir nicht so viele sind. Das ist nun einmal so. Das muss man ~~als Wähler~~ akzeptieren. Damit jedoch zu unterstellen, dass wir an diesem Thema kein Interesse hätten, muss ich mit Entschiedenheit zurückweisen.

Ich habe großes Interesse. Ich möchte, dass dieser Skandal, der sich dort abgespielt hat, nie wieder vorkommt. Wir können es uns in Sachsen, in Hoyerswerda und auch an anderen Orten nicht leisten, dass irgendwelche braunen Schläger die Menschen in diesem Lande verunsichern. Das ist jenes Prinzip, Herr Storr, was Sie wollen.

(Zuruf des Abg. Andreas Storr, NPD)

Turnusende

Angst machen, Leute verunsichern. Und das ist das ~~A~~llerschlimmste; dass die Menschen in diesem Land durch solche Leute, die in Ihrem Namen tätig werden, das Rückgrat gebrochen bekommen.

(Beifall bei der SPD, den LINKEN und den GRÜNEN – Zurufe von der NPD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Hirche, bitte.

inletal *Jurk*
Frank Hirche, CDU: Dem ~~Letzten~~ von Herrn Jurk kann ich zustimmen. Ich würde einmal einen Vorschlag zur Güte machen. Ich werde Herrn Jurk in meinen Verteiler aufnehmen. Dann kann er vor Ort anwesend sein.

Danke.

(Andreas Storr, NPD: Der wird sich freuen, dass er endlich einmal eingeladen wird!)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gibt es jetzt noch Redebedarf zum Antrag? –
Bitte, Herr Hartmann.

Christian Hartmann, CDU: Frau Jähnigen, da wir noch Redezeit haben, würde ich mich jetzt noch einmal bemühen, die Antwort auf Ihre Fragestellung aufzuskizzieren. Ich habe gesagt: Die Polizeibeamten haben aus unserer Sicht vor Ort im Rahmen ihrer Möglichkeiten, im Rahmen des polizeilichen Handelns korrekt agiert bis zu dem Zeitpunkt der Identitätsfeststellung.

Bei der Frage, wie im Anschluss mit der Frage, Verlassen der Stadt oder Nichtverlassen der Stadt, ^{2.11} wie mit der Frage der Öffentlichkeitsarbeit agiert wurde, besteht Klärungsbedarf, der – und das habe ich auch gesagt – aus unserer Sicht sowohl im Bereich der Polizei als originäres Eigeninteresse, als auch durch das Staatsministerium des Innern, durch den Staatsminister ~~geklärt werden soll~~ ^{besteht}. Wenn es das gegeben haben sollte, dass diese Empfehlung so ausgesprochen worden ist, dann ist das etwas, was den Grundsätzen der Leitlinien der Polizei nicht entspricht. Dann reden wir nicht über die Polizei, sondern über eine Entscheidung vor Ort, falls das so gewesen wäre, die es zu klären gibt. Das deutliche Signal noch einmal: Wir kapitulieren nicht vor Gewalttaten, schon gar nicht vor rechten Gewalttaten!

Uns geht es darum, dass dieser Vorfall, der aufzuklären ist, jetzt bitte nicht in einer politischen Instrumentalisierung enden soll, in der dann Polizeireform und alle Fragen vermengt werden und eine subjektive Angst geschürt wird, die nicht der Realität entspricht.

(Beifall bei der CDU)

Warum wir diesen Antrag ablehnen – damit komme ich zum Schluss: Wir haben als Abgeordnete im Innenausschuss immer die Möglichkeit, diese Fragen zu stellen und das tun wir. Die Staatsregierung hat die Fragen bisher immer beantwortet. Warum wir jetzt plakativ im Plenum beschließen sollen, dass die Staatsregierung das macht, was sie immer macht, ist aus unserer Sicht nicht notwendig.

Der zweite Punkt – damit komme ich auf eine Antwort von Frau Friedel –, ist: Das, was die Staatsregierung zum Beispiel mit dem OHZ tut, was Selbstverständnis der

Koalition und der durch sie getragenen Staatsregierung ist, ist ein konsequentes Handeln gegen jegliche Gewalttaten, gegen jeglichen Extremismus und gegen Rechtsextremismus im Besonderen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU,

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gibt es noch weiteren Redebedarf von Seiten der Fraktionen? – Das scheint nicht mehr der Fall zu sein. Herr Staatsminister, wünschen Sie das Wort zu nehmen? – Dann tun Sie das bitte.

Markus Ulbig, Staatsminister des Innern: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu diesem Antrag noch einmal entsprechend Stellung beziehen, als erstes zu dem allgemeinen Vorwurf, der in dem Antrag enthalten ist, was die Aktivitäten bzw. die Grundhaltung der Staatsregierung allgemein anbetrifft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Freistaat Sachsen ist durchaus engagiert in Bekämpfung und Verfolgung politisch motivierter Kriminalität. Auch wenn Sie das anders sehen und die Debatte gerade dazu genutzt wird, das anders darzustellen, möchte ich Ihnen drei Beispiele geben, die das, was ich sage, unterstreichen.

Im Januar 2009 wird ein Brandanschlag auf den Proberaum einer linksalternativen Band in Rochlitz verübt. Ermittlungen werden umgehend eingeleitet und enden mit zwei Haftstrafen. Ein Jahr später werfen gewaltbereite Neonazis einen Molotowcocktail in das Gebäude eines linken Wohnprojekts. Auch hier gibt es langjährige Haftstrafen – mehr als sieben Jahre – wegen versuchten Mordes. Erst kürzlich überfallen gewaltbereite Personen aus dem rechten Milieu das Sommerfest des Vereins „D21 Kunstraum e. V.“ in Leipzig. Die Einsatzkräfte sind aber sofort zur Stelle und können dort schlimmeres verhindern.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Storr?

Markus Ulbig, Staatsminister des Innern: Nein, ich möchte jetzt weiter ausführen.

(Jürgen Gansel, NPD: Zuviel Angst vor Zwischenfragen!)

Zweitens. Die Vorfälle in Hoyerswerda sind sehr bedauerlich und zeigen ganz klar – neben dem, was Kollege Hirche aus lokaler Sicht gezeigt hat, dass wir tatsächlich ein Problem mit Rechtsextremismus in Sachsen haben.

Zu den genauen Abläufen des Vorfalls wurde in den letzten Wochen schon Stellung bezogen. Soweit das möglich war, wurden Details bekanntgegeben. Frau Jähnigen hat aktuell noch eine kleine Anfrage laufen, die ich beantwortet habe, in der noch einmal sehr detailliert der Stand des Wissens neben dem, was Herr Hartmann gerade sagte, vorgetragen wird. Deshalb werde ich jetzt nicht auf alle einzelnen Dinge eingehen, sondern das wird Ihnen zugehen.

Außerdem sind schnelle Maßnahmen bezüglich der Polizeipräsenz vor Ort getroffen worden. Auch das ist Bestandteil der Anfrage, hat aber in der Diskussion noch nicht so die Rolle gespielt. Deshalb will ich die Punkte noch einmal kurz aufgreifen.

Der Leiter der PD hat folgende Festlegungen getroffen:

1. Durch die Kriminalpolizeiinspektion wird ein regionaler Ermittlungsabschnitt Hoyerswerda gebildet. Hier werden vier Polizeibedienstete alle Aufklärungs- und Ermittlungsmaßnahmen im Sachzusammenhang führen.
2. Ab sofort kommt täglich eine Gruppe der Mobilen Einsatz- und Fahndungseinheit im Stadtgebiet Hoyerswerda zum Einsatz. Ziel ist das direkte Ansprechen, Kontrollieren und Aufklären rechter Gruppierungen und Personen in Hoyerswerda.
3. Das Führungs- und Lagezentrum der Polizeidirektion Oberlausitz/Niederschlesien hat aufgrund einer gründlichen Analyse bei entsprechender Lageentwicklung zeitnah Einsatzkräfte umzusetzen und lageangepasst zu agieren.
4. Das Polizeirevier setzt ab sofort in der Zeit von 14 bis 22 Uhr einen zusätzlichen Funkstreifenwagen zur Erhöhung der polizeilichen Präsenz ein.
5. Mit gleichem Ziel wird ab 1. Dezember 2012 in Hoyerswerda ein zusätzlicher Bürgerpolizist eingesetzt, um auf diese Dinge ganz klar zu reagieren.

Drittens. Das ist das Thema Verlassen der Stadt. Wer auch immer diesen Rat gegeben hat: Das entspricht nicht der Auffassung der Polizei! ~~und~~ Ich möchte ganz klar auch noch einmal hier vor Ihnen sagen: Das, was durch den Sprecher der Polizeidirektion an Eindruck entstanden ist, ist nicht hinzunehmen. Das ist falsch. Das ist nicht zu akzeptieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage?

Markus Ulbig, Staatsminister des Innern: Bitte.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Frau Jähnigen, bitte.

Eva Jähnigen, GRÜNE: Ich würde auf die Beantwortung meiner Mündlichen Anfrage heute Abend verzichten, wenn Sie mir die Frage jetzt beantworten können. Ist den Opfern Personenschutz angeboten worden, wann und durch wen?

Markus Ulbig, Staatsminister des Innern: Wir haben das dann in der Fragestunde noch einmal, aber aufgrund der Maßnahmen, die an dem Abend durchgeführt wurden, die Herr Hartmann schon einmal vorgetragen hat, und ^{dessen} ~~das~~, was jetzt auch in der Anfrage im Detail noch einmal ausgeführt wird, war ein über das Agieren hinausgehendes Zurverfügungstellen von Personenschutz an dem Tag nicht erforderlich.

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Nicht erforderlich? Nicht möglich?)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage von Frau Jähnigen? – Bitte.

Eva Jähnigen, GRÜNE: Sie sagen, ein Personenschutz war aufgrund dessen an dem Tag nicht erforderlich. Ich hatte es in meiner Rede dargestellt, dass die Frau persönlich auch an den Folgetagen mit Vergewaltigung bedroht wurde.

(Zuruf des Abg. Volker Bandmann, CDU – Jürgen Gansel, NPD: Da sind Sie aber ins Fettnäpfchen getreten, Herr Minister!)

Ich komme wieder, hat der Mensch gesagt. Schauen Sie es sich noch einmal an, Kollege Bandmann. Aufgrund welcher Gefahrenschätzung resultiert Ihre Aussage, dass ein Personenschutz in diesem Fall nicht erforderlich gewesen ^{ist} wäre?

Markus Ulbig, Staatsminister des Innern: Aufgrund der mir derzeitig vorliegenden Informationen möchte ich sagen, dass natürlich zuerst der Personenschutz der Menschen im Vordergrund der polizeilichen Aktivitäten stand. Nachdem, was ich aufgrund der Aktivitäten weiß, und auch wegen des Verbringens der Person an diesem Abend an einen anderen Ort war ein Personenschutz ^{darüber} ~~über diese Sachen~~ hinaus nicht erforderlich.

Turnusende

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb möchte ich noch einmal sagen, dass das nicht den Leitlinien der sächsischen Polizei entspricht, die sächsische Polizei sich mit solchen Dingen nicht identifiziert und dass das Signal, das davon ausgegangen ist, nämlich dass sich die Menschen im Freistaat Sachsen nicht sicher zuhause aufhalten können, fatal ist. Das muss in Zukunft verhindert werden.

Deshalb hat es eine erste Auswertung mit dem Präsidenten und den Pressesprechern gegeben, was das Thema Sensibilität und auch Wirkung betrifft. Wir werden diese Dinge zukünftig in der Aus- und Weiterbildung entsprechend berücksichtigen.

Ich möchte jetzt auf das Thema Polizei, Polizeireform und das, was angesprochen worden ist, nicht noch einmal vertiefend eingehen. Nur eine Sache möchte ich aufgreifen, weil sie durch ständiges Wiederholen nicht besser wird. Das ist das Argument von Frau Friedel von der sogenannten fehlenden Aufgabenkritik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe das hier schon mehrfach vor dem Plenum gesagt und will es an dieser Stelle wiederholen, weil es nicht zutrifft.

(Volker Bandmann, CDU: Frau Friedel, hören Sie wenigstens zu!)

Es hat eine Aufgabenkritik im Rahmen der Sächsischen Polizeireform 2020 gegeben. Diese Aufgabenkritik ist auch vorgestellt worden. Dass man vom Ergebnis der Aufgabenkritik eine andere Meinung haben kann, ist eine ganz andere Geschichte.

(Zuruf der Abg. Sabine Friedel, SPD)

Aber den Eindruck zu erwecken, dass eine Aufgabenkritik nicht durchgeführt, nicht innerhalb der sächsischen Polizei diskutiert worden ist und nicht die Grundlage für die gezogenen Schlussfolgerungen war, das entspricht nicht der Wahrheit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP- Volker Bandmann, CDU: Sehr richtig!)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Friedel?

Markus Ulbig, Staatsminister des Innern: Ja.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Frau Friedel, bitte.

Sabine Friedel, SPD: Herr Staatsminister, die Aufgabenkritik umfasste meines Wissens eine Prüfung, welche Aufgaben im Sinne von Unfallaufnahme oder Kfz-Pflege die Polizei noch übernehmen soll oder nicht, nicht jedoch die Überlegung: Wie viele Kräfte und Standorte brauchen wir in der räumlichen Fläche Sachsens. Stimmen Sie mir zu? Oder hatte die Staatsregierung bei ihrer Aufgabenkritik und beim Feinkonzept eine Vorstellung davon, innerhalb wie viel Minuten und innerhalb welcher Reichweite Polizisten da sein müssen, wenn sie zum Einsatz gerufen werden?

Markus Ulbig, Staatsminister des Innern: Frau Friedel, ich denke, wir haben es intensiv und ausreichend miteinander gesprochen, dass die Aufgabenkritik nicht nur den Teil beinhaltet hat, den Sie jetzt angesprochen haben,

(Sabine Friedel, SPD: Den gab es gar nicht!)

sondern die Aufgabenkritik hat sich vollumfänglich mit dem Thema auseinandergesetzt,

(Sabine Friedel, SPD: Nein!)

welche Aufgaben in Zukunft noch von der Sächsischen Polizei zu erfüllen sind und welche Aufgaben die Sächsische Polizei nicht mehr erfüllen kann und muss. Im Ergebnis ist doch herausgekommen – auch das ist deutlich geworden –, dass die Anzahl der Streifenpolizisten nicht reduziert wird, dass die Bürgerpolizisten als wichtiges Bindeglied sogar noch leicht aufgestockt und in der Art des Einsatzes verändert werden, dass die Anzahl der Bereitschaftspolizisten auch auf dem Niveau bleibt.

(Sabine Friedel, SPD: Warum passiert dann so etwas wie in Hoyerswerda?)

Dann sind im Führungsstab und in der Verwaltung Reduzierungen vorzunehmen. Herr Hartmann hat, was das Polizeitaktische betrifft, aus meiner Sicht ganz klar gesagt, wie da die Zusammenhänge sind.

Als Letztes zu diesem Thema möchte ich sagen: Unabhängig davon hat die Sächsische Polizei reagiert, habe ich als Staatsminister reagiert. Das Thema OAZ ist heute Morgen intensiv diskutiert worden. Das will ich nicht mehr vertieft ausführen. Deshalb ist neben allen Dingen, die aus der Perspektive des staatlichen Handelns notwendig sind, das bürgerschaftliche Engagement das, was ich für unbedingt erforderlich und unverzichtbar halte. Deswegen bin ich froh, dass in Hoyerswerda Menschen vor Ort sind, die ganz klar erkennen, dass Aktivitäten zu entfalten sind. Ich möchte denjenigen, die sich dort vor Ort engagieren, die Hand reichen und deutlich

zum Ausdruck bringen: Dort, wo es notwendig ist, wird der Freistaat Sachsen mit seinen entsprechenden Kräften ihre Bemühungen unterstützen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, der FDP und der Staatsregierung)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Eine Kurzintervention. Herr Storr, bitte.

Andreas Storr, NPD: Da Staatsminister Ulbig mir keine Fragemöglichkeit eingeräumt hat, will ich doch auf einiges hinweisen. Es wurden hier viele Beispiele genannt, wo rechte Gewalttäter Linke angreifen oder vertreiben. Man muss und darf diese Diskussion im Landtag führen. Was natürlich wieder auffällt, ist die extreme Einseitigkeit.

Ich will auf ein Beispiel verweisen, das viel dramatischer ist als das Beispiel Hoyerswerda. Im Januar 2010 war es so, dass die Wohnung eines Mitarbeiters der NPD-Fraktion angegriffen worden ist. Während seiner Abwesenheit ist die Tür aufgebrochen worden, sind Linksextremisten dort eingebrochen, haben dort Zerstörungen begangen, die Wohnungstür zerstört. Es war so, dass der Mitarbeiter dann unter Polizeischutz bei Anwesenheit von Linksextremisten seinen Umzug organisieren musste.

Meine Frage an Staatsminister Ulbig wäre gewesen, welche Maßnahmen die Polizei damals außer dem Polizeischutz ergriffen hat.

Wie gesagt: Sicherlich müssen wir uns über Gewalt unterhalten. Aber dann sollte man, bitte schön, endlich die verdammte Einseitigkeit aufgeben. Das wäre dann glaubwürdig. Dann würden wir in der Sache vielleicht viel weiter kommen als bei den immer gleichen Parteinahmen. Gleiches muss auch gleich behandelt werden. Da spielt es auch aus Sicht der NPD-Fraktion keine Rolle, aus welcher Richtung es kommt, ob links oder rechts oder unpolitisch.

(Beifall bei der NPD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Minister, wollen Sie sich dazu äußern? – Nein.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Schlusswort. Herr Dr. Hahn für die Linksfraktion, bitte.

Dr. André Hahn, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr froh darüber, dass sich alle Redner der demokratischen Fraktionen von den Vorgängen in Hoyerswerda klar distanzieren ~~haben~~ und sie eine vollständige Aufklärung gefordert haben.

Auf den Redner der NPD will ich aus guten Gründen nicht näher eingehen.

(Andreas Storr, NPD: Aus guten Gründen! – Zuruf des Abg. Arne Schimmer, NPD)

Nein
Eines muss ich doch sagen: Die unverschämten Angriffe auf die beiden Journalisten, die in der MDR-Sendung darüber berichtet hatten, weise ich mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei den LINKEN – Zuruf des Abg. Arne Schimmer, NPD)

Ich bin persönlich sehr froh und dankbar darüber, dass es in Sachsen nach wie vor engagierte Medienvertreter gibt, die solche Vorfälle wie den in Hoyerswerda öffentlich machen. Vom zuständigen Innenministerium hätten wir vermutlich ansonsten davon nichts erfahren.

Zu Herrn Hirche nur ein Hinweis: Gewaltaktionen und Demonstrationen dürfen nicht gleichgesetzt werden. Das Gedenken und Erinnern an die ausländerfeindlichen Gewaltexzesse aus dem Jahr 1991 in Hoyerswerda ist und bleibt notwendig. Dass wir dafür plädieren, dass dies natürlich grundsätzlich friedlich erfolgen muss, versteht sich von selbst.

Herr Ulbig, es ist Aufgabe und Pflicht des Staates, Straftaten zu verfolgen. Sie haben Beispiele aufgeführt. Niemand hat hier behauptet, dass dies in Sachsen nicht auch geschieht. Hier geht es aber um einen ganz konkreten Vorfall, ^{und} ~~Da~~ ist eben einiges schiefgelaufen. Sie haben Maßnahmen genannt, die jetzt in Hoyerswerda ergriffen worden sind. Wenn diese Maßnahmen notwendig sind, ist das für mich allerdings ein

Zeichen dafür, dass es vorher eben nicht ausgereicht hat. Das müsste man aus meiner Sicht hier auch zugeben können.

Zu Herrn Hartmann möchte ich sagen: Mich hat der Begriff Vollkasko mentalität "gestört. Ich denke, das war an dieser Stelle deplatziert."

(Beifall bei den LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie sagen, dass sich die Polizei korrekt verhalten hat, dann muss man doch ~~sagen~~ ^{festhalten}, dass das Problem offenkundig war, dass zu wenig Polizeikräfte zur Verfügung standen. Die Polizei vor Ort konnte nicht handeln, nicht einschreiten, keine Personalien feststellen, und das über einen Zeitraum von zwei Stunden. Das hat dann eben doch etwas mit der Zahl der Polizisten vor Ort zu tun.

(Beifall bei den LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Ich glaube auch, dass nicht in erster Linie die Öffentlichkeitsarbeit inakzeptabel war. Inakzeptabel war die Aufforderung an die Opfer, die Stadt zu verlassen. So etwas darf es in Sachsen nicht geben.

(Beifall bei den LINKEN und der SPD)

Der Minister hat – zumindest habe ich es nicht gehört – auch nicht deutlich gesagt, wer denn nun wirklich was geäußert hat. Die Möglichkeit hätten Sie hier gehabt. Ich habe es jedenfalls nicht gehört.

Ich fand den Hinweis von Herrn Hartmann wichtig, dass eine stärkere Sensibilisierung der Polizei zum Thema Rechtsextremismus und zum Umgang mit Opfern rechter Gewalt notwendig ist.

(folgt 29)

Bei Ihnen, Herr Hartmann, und auch bei Herrn Biesok gab es eine ganze Reihe richtiger Aussagen. Allerdings haben diese dann nicht mit dem Schlusssatz zusammengepasst, dass Sie unseren Antrag ablehnen wollen, und Berichtsanträge gibt es schließlich auch aus anderen Fraktionen. Deshalb meine abschließende Bitte: Denken Sie einfach noch einmal darüber nach. Ich bitte alle Demokraten ausdrücklich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den LINKEN und der SPD – Arne Schimmer, NPD, meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Tut mir leid, jetzt ist es zu spät.

(Die Präsidentin erkundigt sich beim Juristischen Dienst, ob noch eine Kurzintervention möglich ist.)

Es geht leider nicht. – Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag. Wer der Drucksache 5/10623 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei einer ganzen Reihe von Stimmen dafür ist der Antrag dennoch mit Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 6

Kein Pflege-Bußgeld für sächsische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – Buß- und Bettag erhalten

Drucksache 5/10641, Antrag der Fraktion der SPD

Auch hierzu können die Fraktionen Stellung nehmen. Es beginnt Herr Abg. Dulig von der SPD-Fraktion, danach folgen CDU, DIE LINKE, FDP, GRÜNE, NPD und die Staatsregierung, wenn sie es wünscht.